



Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Stärkung der Gedenk- und Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt: Demokratiebeirat empfiehlt neue Wege einzuschlagen

Magdeburg. Der Beirat des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit hat einen umfassenden Beschluss zur Weiterentwicklung der Gedenk- und Erinnerungskultur zur Zeit des Nationalsozialismus gefasst.

Angesichts aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen, wie dem Ende der Zeitzeugenschaft, zunehmendem Antisemitismus und nachlassendem historisch-politischem Wissen, formuliert der Beirat konkrete Handlungsempfehlungen für Politik und Zivilgesellschaft. Der jüngst veröffentlichte Sachsen-Anhalt-Monitor zeigt, dass 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung tradierte antisemitische Stereotype vertreten.

„Wenn die Erinnerung verblasst, wird es schwieriger, Verantwortung für die Gegenwart zu übernehmen. Das Gedenken an die nationalsozialistischen Verbrechen ist ein zentraler Bezugspunkt unserer Erinnerungskultur. Doch diese Erinnerung steht zunehmend unter Druck. Die multiplen Krisen unserer Zeit erfordern eine Neustrukturierung der Erinnerungsarbeit“, betont Staatssekretärin Susi Möbbeck.

Der Beirat empfiehlt unter anderem den Aufbau digitaler Zeitzeugenarchive und die Entwicklung innovativer Bildungsformate wie Avatare, um das Gedenken auch ohne persönliche Zeitzeugenschaft lebendig zu halten. Angesichts eines nachlassenden historisch-politischen Wissens sollten Gedenkstättenbesuche und digitale Lernformate für junge Menschen intensiviert werden. Dabei sollte die Förderung von Medienkompetenz ebenso eine zentrale Rolle spielen wie der Einsatz von Bildungs-Influencern auf Social Media-Plattformen oder Gaming-Angeboten mit Erinnerungsschwerpunkten. Zudem müsse die Erinnerungskultur inklusiver gestaltet und migrantische Perspektiven stärker eingebunden werden.

Der Beirat fordert die Landesregierung mit diesem Beschluss auf, die vorgeschlagenen Maßnahmen in der aktuellen und zukünftigen Legislaturperiode in enger Kooperation mit den engagierten Akteuren im Land umzusetzen. Besonders betont wird die Notwendigkeit einer deutlichen Erhöhung der Ressourcen für Gedenkstätten, Erinnerungsorte und zivilgesellschaftliche Projekte. „Die Erinnerung an die NS-Verbrechen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nur durch eine zukunftsfähige, inklusive und wirksame Erinnerungsarbeit können wir demokratische Werte und ein respektvolles Miteinander in Sachsen-Anhalt stärken“, so Möbbeck.

Hintergrund:

Der Beirat des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit besteht aus Vertreterinnen und Vertretern zivilgesellschaftlicher Vereine und Institutionen und berät die Landesregierung in Fragen der Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention.

Im Rahmen des Landesprogramms werden Projekte wie „[Denken ohne Geländer](#)“ oder „[MITTENDRIN – Lebensgeschichten unserer Stadt](#)“ zur Stärkung der Gedenk- und Erinnerungskultur gefördert.

Den Beiratsbeschluss sowie weitere Informationen zum Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit finden Sie unter: www.demokratie.sachsen-anhalt.de

Impressum:

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Pressestelle
Turmschanzenstraße 25
39114 Magdeburg

Tel: (0391) 567-4608

Fax: (0391) 567-4622

Mail: ms-presse@ms.sachsen-anhalt.de